

# Volks-Zeitung

## Verschärfung des Eisenbahnerstreits.

### An die Eisenbahner!

Die Streikbewegung unter den Eisenbahnern hat heute eine bedeutende Ausdehnung erfahren. Auf der Wannseebahn ruht seit gestern abend der Verkehr ganz, und der Stadtbahnverkehr ist vollständig untergebrochen. Wenn auch von einem Generalstreik nicht gesprochen werden kann, so ist doch ein Teilstreik in großer Ausdehnung zu beobachten, und man muß befürchten, daß der Streik sich weiter ausbreiten wird. Die Führer des Eisenbahnerstreits im Eisenbahnerministerium sind den Vertretern der Regierung und den Eisenbahnervereinigungen Verhandlungen anhaltend, die noch kein Ergebnis zeitigten. Was die Minister Südekum und Celler dort ausgeführt haben an Milderndeinheiten, die durch die Erfüllung der gestellten Forderungen annehmbar sind, das zeigt, daß man eine mildere Linie finden muß. In den Verhandlungen ist auch festgestellt worden, daß in dem Bureau der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ein Komitee für die Streikbewegung in fünfjünglichen Exemplaren gefunden worden ist, das zum Sturz der Regierung und zum Generalstreik auffordert. Die Führer des Eisenbahnerstreits sind nachdrücklich erklärt, daß sie nichts mit diesem Komitee zu tun haben und daß ihre Bewegung eine rein wirtschaftliche sei. Es zeigt sich aber, daß unter den Eisenbahnern sich Elemente befinden, die die Konjunktur politisch auszunutzen möchten. Gerade darum haben die Eisenbahner alle Veranlassung, sich von politischen Zielen fernzuhalten. Denn wenn Funktionen der Eisenbahn hängen von Wohl und Weh der ganzen Gesellschaft ab, Schaltungen und Gleise, Krane und Schienen werden zerstört, wenn die notwendige Betriebsmittelzufuhr unterbrochen. Wenn Todesfälle aus diesen Gründen vorkämen, würde man zuerst den Urheber des Streiks suchen. Darum haben die Eisenbahner alle Veranlassung, ihre Stellung zu dem Streit genau zu bezeichnen. Herr Rabe hat einen Erlaß gegen das Streifen herausgegeben, dessen Zweck wieder den alten Ton der Machtpolitik anknüpft. Aber die Eisenbahner sollten sich daran nicht stoßen, sondern im Gegenteil ihre Ziele bewahren, daß sie die Verantwortung der Stunde verstehen!

## Einzug der Reichswehr in Hamburg.

„Ohne Störung in vollständiger Ruhe.“ — Ein besonderer Beschluß der organisierten Arbeiter. — Kommunisten hinter den Kulissen?

Hamburg, 27. Juni, 11 Uhr vormittags. (W. L. B.)

Seit früh erfolgte der Einmarsch der Reichswehr, die unter dem Befehl des Generalmajors Marschall aus Lübeck kam. Bis 9 Uhr morgens waren die Truppen, die bedeutende Verstärkungen erhalten hatten, von Osten her bis zur Mitternacht. Die Truppen sind im Marsch auf den Hauptbahnhof. Auf der Westseite erfolgt der Vormarsch von Wahrenfeld aus. Die Bewegung ging bisher ohne Störung in vollständiger Ruhe vor sich. Der Vormarsch erfolgte, da keine Schwierigkeiten für die Ausföhrungen der getroffenen Anordnungen vorhanden waren. Der Stab ist außerdem der Ansicht, daß die Anordnungen bereits gestern nicht voll eingeleitet worden sind, und deswegen auf die in der Nacht vom Donnerstag benannten vorangegangenen Anordnungen auf Führer der Einwohnerwehr und der Wahrscheider freiwilligen. Ferner besteht die Ansicht, daß gegen benannte Wahrscheider freiwillige nicht bedingungslos freigegeben werden, vielmehr die meisten in Haft bleiben, die sich weigern, nicht mehr zu den Waffen zu greifen. Dies trifft namentlich auf sämtliche Garagisten zu. Es wird auch mit Rücksicht gemacht, daß es nicht möglich sei, die gesamte Bewachung rückgängig zu machen. Ebenso wurde kommunistische Verfassungen aus Dresden, Leipzig und Bremen festgestellt, die sich unter Vorlegung ihrer Mitgliedsbücher bei der Volkswehr anzumelden suchten.

Was dem „Hamburger Echo“ haben in der Nacht zum Donnerstag Einbrecher und Händwerker an vielen Stellen wertvolle Beute gemacht. Angriffe auf die Postämter, Strafanstalt und Korrekptionsanstalt blieben ohne Erfolg. Eine bewaffnete Bande überfiel das Rathaus Stellingen-Kanonenfeld, wo sie etwa 3000 Mark und etwa 10 Zentner Blei erprete. Die wenigen vorhandenen Waffen nahmen sie an sich.

Hamburg, 27. Juni. (E. L.)

In der gestern nachmittag fortgesetzten Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute usw. im Gewerkschaftshaus wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die Vollversammlung der Hamburger Betriebsräte befindet sich nicht in der Lage, in Gemeinschaft mit der Volkswehr die Ruhe und Ordnung in Hamburg aufrecht zu erhalten und fordert die gesamte Hamburger Arbeiterkraft auf, ihre Bestrebungen nachdrücklich zu unterstützen. Sie besteht jedoch nicht, daß gegenwärtige Anreize am Werk sind, die mit den Führern der Reichswehrtruppen vereinbarte Abmachungen, besonders wegen der Rückgabe von Waffen

Bewahrung, erfüllbar zu machen, so daß die Möglichkeit eines Generalstreiks der Regierungstruppen noch nicht abzuwenden ist. Sollte dieser bedauerliche Umstand gegen unsere Hoffnung doch eintreten, so stellt sich die Versammlung hinter den Beschluß der Volkswehr, daß in diesem Falle, um jedes profitorische Blutvergießen zu vermeiden, den Regierungstruppen kein bewaffneter Widerstand entgegenzusetzen wird.“

Der Senat veröffentlichte eine Bekanntmachung, in der er zur Ruhe und Ordnung auffordert, um die Ernährung Hamburgs, die weitere Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland und das gesamte Wirtschaftslieben nicht in Unordnung zu bringen, und sich gegen die von der Sozialistengesellschaft angeführte Behauptung wehrt, daß die politische Gewalt auf die Betriebsräte und Volkswehr übertragen sein bewaffneter Widerstand entgegenzusetzen wird.“

### Die Unruhen in Landsberg a. W.

Neue Ausföhrungen.

Landsberg (Werthe), 27. Juni.

Nachdem gestern gegen mittag den Plünderungen im Wachenlager durch Einbrechen einer Abteilung des Heeresregiments 84 ein Ende gemacht worden war, kam die Streik an der Leine des Tages an. Es wurde eine Einwohnerwehr gebildet, an der sich die organisierte Arbeiterkraft, Volkswehr, Arbeiter und Unabhängige beteiligten. Im Laufe des Abends kam es zu Zusammenstößen mit dem Heeresregiment, die in Schießereien ausarteten. Ein Mitglied der Einwohnerwehr wurde erschossen, andere verletzt. Später wurde ein großes Konfessionsgebäude, die Filiale der Berliner Firma Landsberger, vollständig ausgeplündert und die Lokation zerstört.

### Die Plünderungen in Frankfurt.

Frankfurt (Oder), 27. Juni.

Infolge der Unruhen der vergangenen Tage wurde gestern mittag der Belagerungszustand verhängt. Als die Regierungstruppen das Rathaus besetzt hatten, verarmte sich, ungeachtet des Belagerungszustandes und entgegen den wiederholten Aufforderungen des Militärs, eine große Menschenmenge auf dem Marktplatz. Um den Platz zu räumen, waren die Regierungstruppen nach wiederholten Schreckschüssen gezwungen, scharf zu schießen. Es gab 3 Tote und 24 Verwundete. Gegen 9 Uhr unternahm eine nationalsozialistische organisierte Arbeiter der Stadt der inneren Stadt. Die Regierungstruppen wurden in die Straßen zurückgejagt, selbst herbeigeholt. Es kommt immer mehr zur Geltung, daß die Unruhen von auswärtigen Elementen hervorgerufen sind.

### Die heutige Lage.

Seitdem hat der Eisenbahnerstreik heute eine Verschärfung erfahren. Gemütliche Haupt- und Nebenverkehrslinien in Groß-Berlin stehen jetzt still. Die Streikenden verhalten sich ruhig gegenüber den Agenten und die Beamten für sich zu gewinnen, und es ist nicht zu erwarten, daß auch in den Kreisen der Hochbeamten der Sozialistische Streik die Zustimmung erlangt hat. Die Mitbestimmung ist derzeit noch gegeben, daß der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband zusammen mit den Arbeitsschreibern der unmittelbaren Eisenbahndirektionen heute zusammentraten, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Auch in den Kreisen der Eisenbahneigenen ist die Stimmung sehr rigoros geworden. Man befürchtet, daß durch den Streik die Wirtschaftslage in den Eisenbahnen des Reichs für lange Zeit gemindert werden soll und daß sie keine wirksame Handhabe mehr besitzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. In den Eisenbahneigenen sind gestern zahlreiche kommunistische Flugblätter verteilt worden, in denen die Beamten aufgefordert werden, sich solidarisch mit den Arbeitern zu erklären. Es sollen die Bedienung von Expresszügen verweigert und sollen durch einen allgemeinen Streik den Eisenbahnen der Regierung mit beizufügen, von der die deutschen Eisenbahner nicht zu erwarten hätten. Heute nachmittag findet eine Versammlung der Eisenbahner im Sportplatz statt, in welcher die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes über den Stand der Verhandlungen Bericht erstatten wird. Es soll nochmals ein Appell an alle Beamten und Arbeiter gerichtet werden, seine vorläufigen Beschlüsse zu fassen.

haltung der Arbeiterschaft nicht garantieren könnten. Finanzminister Dr. Brüning betonte, daß in Zukunft die Entscheidung über die Eisenbahn von der Reichsleitung der Eisenbahnen abhängen werden und daß die Regierung hier nicht mehr die freie Hand besäße, wie vor dem Friedensschluß. In ähnlicher Sinne sprach Minister Celler, der in den überpannten Forderungen der Eisenbahner den unannehmlichen Zustand an dem Reichstag festhielt. Die Eisenbahner sollten sich nicht durch die Forderungen aller Forderungen so unerschrocken in die Welt hinauswagen, sondern sich an eine Abklärung der Forderungen halten. Die Eisenbahner sollten sich nicht durch die Forderungen aller Forderungen so unerschrocken in die Welt hinauswagen, sondern sich an eine Abklärung der Forderungen halten.

heutigen Freitag aufgehoben werde und die Arbeit in den Werkstätten wiederhergestellt werden kann.

Gegen 1 Uhr nachts wurde eine Kommission

gebildet, in welcher Vertreter des Eisenbahnerministeriums, des preussischen Ministeriums, des Reichsjustizministeriums und der Eisenbahneigenen und in weiterer Beratung einen Einigungsvorschlag finden sollen. Es wurde ferner beschlossen, am heutigen Freitag mittag die Verhandlungen wieder zu beginnen. Heute nachmittag nahmen die Aktionen der preussischen Landesparlamentarier zum Eisenbahnerstreik und zu den getriggen Verhandlungen Stellung.

Die Lohnbewegung der Straßenbahner. In der gestern abend von den Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn abgehaltenen Versammlung, in der über die Lohnbewegung Beschlüsse gefasst werden sollte, wurde beschlossen, vorläufig nicht in einen Streik einzutreten, sondern abzuwarten, welches Ergebnis die im Juli stattfindende Generalversammlung haben wird.

### Bombenattentat auf das Eisenbahnerministerium.

Auf das Gebäude des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, Cade-Wohlfahrt und Wilhelmstraße, wo seit gestern nachmittag 11 Uhr die letzte Nacht hinein Einigungsverhandlungen zwischen der Regierung und Eisenbahner stattfanden, wurde etwa gegen 12 Uhr nachts ein Attentat begangen. Nachdem vier Gewehrschüsse abgefeuert worden waren, waren unbekannte Täter eine Bombe gegen das Gebäude, wodurch in dem Ministerium und den angrenzenden Gebäuden etwa 200 Fenster zertrümmert in Trümmer gingen.

Grüß, 27. Juni.

Die Größten Eisenbahner beschlossen einstimmig in einer Versammlung den Streik. Seit gestern ruht der gesamte Eisenbahnerverkehr in Niederdeutschland.

Der neue Wäandener Oberbürgermeister, Reichstagsabgeordneter Edward Schmidt, Redakteur der „Wäandener Post“, ist dem die Unterstützung der H. S. B. mit 25 von 49 gültigen Stimmen zum ersten Bürgermeister gewählt worden.

### Die gestrigen Verhandlungen.

Die gestrigen Verhandlungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten gegen 11 Uhr nachts hin. Die Beschlüsse sind heute wieder der Eisenbahnerminister, noch die anderen Mitglieder des Kabinetts den Eisenbahner entgegengebracht zu werden, die bei der letzten Verhandlung des Eisenbahnerstreiks von selbst vertreten. Andererseits aber müßten auch die Eisenbahner selbst auftreten, doch sie, selbst wenn die Verhandlungen zum Ziel befähigt wären, für eine einmütige und geschlossene

### Gegen Mitternacht

erfolgte eine Delegation der Eisenbahneigenen des Potsdamer Bahnhofs und erklärte dem Ministerpräsidenten Hirth, daß sie von ihm sofort eine Erklärung verlangen, wie er sich zu der Entlassungsbefehle für die Weibchen, zu den Familienzuführungen und zu den Anordnungen der Forderungen der Eisenbahner stelle. Wenn der Ministerpräsident sich nicht sofort klar über die Punkte äußerte, würden am heutigen Morgen 200 Beamte des Potsdamer Bahnhofs in den Streik treten und es sei wahrscheinlich, daß die Beamten der anderen Bahnhöfe ebenfalls zum Streik übergehen würden. Der Ministerpräsident war durch das Ultimatum dieser Beamtenvertreter ebenfalls überrascht wie die Vertreter der Eisenbahnercorporationen und der Arbeiter. Minister Hirth hatte schließlich fest, daß die Eisenbahneigenen der preussischen Regierung bisher überhaupt noch keine formulierte Forderungen vorgelegt haben. Er wurde deshalb auch selbstverständlich von dem Ultimatum einer kleinen Gruppe nicht ohne weiteres Stellung nehmen. Er erklärte die Forderung der Eisenbahner voll und ganz an. In der Regierung werde alles tun, was in ihren Kräften stünde. Die Verhandlung für einen beidseitigen Verlauf der Verhandlungen — jedoch, daß die Verbände und die Arbeiterauschüsse mit allen Kräften dahin wirken, daß der Streik im Laufe des

